

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227 72542 • Fax.: 030/ 227 70132
E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de
Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:
Badstraße 14 • 74072 Heilbronn
Tel.: 07131/ 982 4215 • Fax.: 07131/ 982 4216
E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de
Internet: www.thomas-strobl.de

Keine neuen Schulden mehr ab 2016

Bundestag debattiert Bundeshaushalt 2013 Ungeachtet europäischer Finanzhilfen wird Neuverschuldung gesenkt

Mit dem Beschluss des Bundeshaushaltes entscheidet der Bundestag jedes Jahr darüber, wofür die Regierung das Geld der Bürger ausgeben darf. Aus diesem Grund läutete der Deutsche Bundestag das letzte Jahr der 17. Legislaturperiode mit den Beratungen zum Bundeshaushalt 2013 ein.

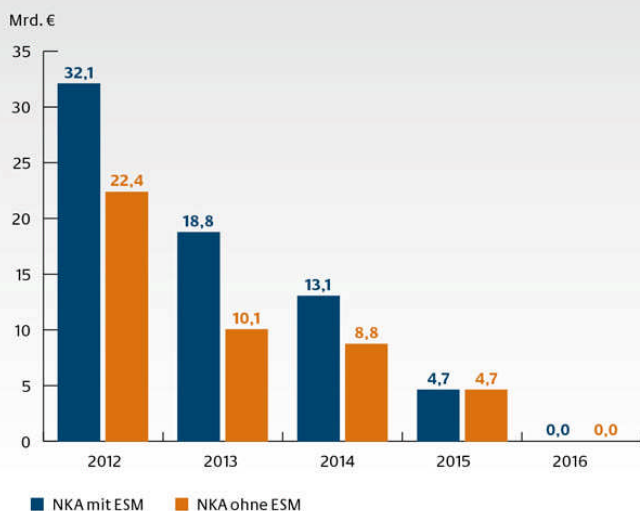
Die Woche vom 10. bis 14. September stand dann auch ganz im Zeichen der Staatsfinanzen. Jeder Minister stellte seine politischen Vorhaben für das kommende Jahr sowie die dazu benötigten Haushaltsmittel vor; anschließend debattierte der Bundestag darüber. Eingeleitet wurden die Aussprachen von der „Einbringung“, also der Vorstellung des Gesamthaushaltes durch Finanzminister Wolfgang Schäuble. Der Finanzminister ist es, der die Oberaufsicht über Einnahmen und Ausgaben des Bundes hat und mit dem die anderen Minister ihre

Bedarfe bereits im Voraus abstimmen mussten.

Wolfgang Schäuble ist es denn auch maßgeblich zu verdanken, dass diese Bundesregierung mit Blick auf die Staatsfinanzen Geschichte schreiben wird: Mit dem jetzt vorgelegten Haushalt 2013 legt Schwarz-Gelb den Grundstein dafür, spätestens ab 2016 keine neuen Schulden mehr aufnehmen zu müssen. Allen Schätzungen zufolge können spätestens im Jahr 2016 sämtliche Ausgaben durch die Einnahmen aus Steuern und anderen Quellen finanziert werden, sodass keine zusätzlichen Kredite mehr benötigt werden. Einen solchen einwandfreien Haushalt konnte zum letzten Mal Franz Josef Strauß vorweisen, als er im Jahr 1969 noch Finanzminister der Bundesrepublik war. Die Koalition hält sich damit an die selbst auferlegte Schuldenbremse, die ab dem Jahr 2016 die Aufnahme neuer Kredite verbie-

tet. Für diese Schuldenbremse hatte sich Thomas Strobl viele Jahre lang intensiv eingesetzt.

Entwicklung der Nettokreditaufnahme des Bundes – mit und ohne ESM-Beiträgen



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Regierungsentwurf Juni 2012

In den Planungen sind die an den ESFS und den ESM gemachten Zusagen bereits enthalten. Trotz Finanzhilfen an angeschlagene EU-Länder wird der Bundeshaushalt auf Vordermann gebracht.

Umso bemerkenswerter ist dieser Erfolg angesichts der Verantwortung, die Deutschland auf europäischer Ebene übernimmt. Den Euro zu retten, Wachstumsmotor in Europa zu sein und gleichzeitig noch die Energiewende und den Kinderbetreuungsanspruch zu realisieren, ist nur mit strengster Ausgabendisziplin auf anderen Gebieten zu schaffen. Aufgrund der komfortablen wirtschaftlichen Lage kann die Regierung beim Zuschuss in die Gesundheits- und Rentenkassen sparen, ohne die Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu erhöhen. Anstatt im Wahljahr aus dem Vollen zu schöpfen und Wahlgeschenke zu verteilen, stopft Schwarz-Gelb mit zusätzlichen Einnahmen Haushaltslöcher. Damit erhöht die Koalition zum Einen den Handlungsspielraum zukünftiger Generationen und beendet die Politik auf Kosten unserer Kinder und Enkel, die vor allem bei Rot-Grün beliebt gewesen ist. Zum Zweiten verstärkt Deutschland damit den Druck auf seine europäischen Partner, indem

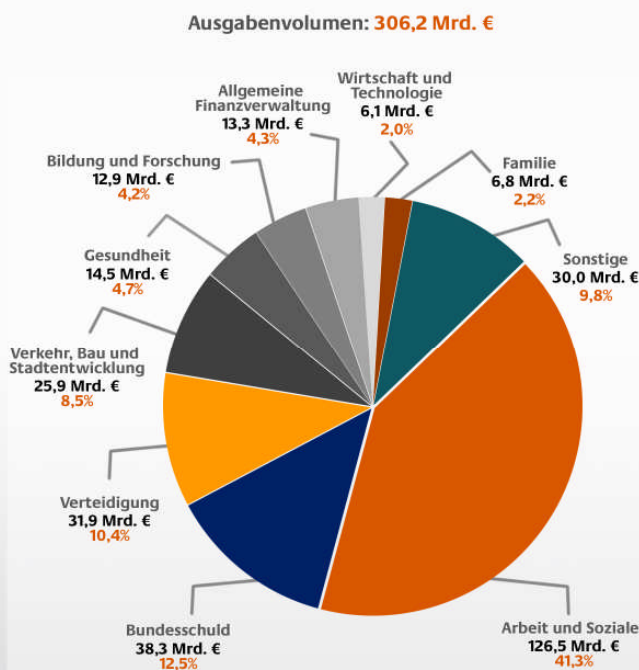
die Regierung mit der Konsolidierung der Finanzen voranschreiten und von den Partnern erwarten darf, es ihr gleich zu tun.

In seiner Rede zum Beginn der parlamentarischen Debatten erklärte der Bundesfinanzminister, dass Deutschland mit diesem Bundeshaushalt einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung des Euroraums leiste. Die Koalition sei 2009 mit einer Nettokreditaufnahme von 34,1 Mrd. Euro gestartet und konnte diese trotz Finanz- und Wirtschaftskrise konsequent auf 18,8 Mrd. Euro im Jahr 2013 zurückfahren. „Der Bund kann noch in dieser Legislaturperiode, also im nächsten Jahr, und damit drei Jahre früher als nach der Schuldenbremse des Grundgesetzes erforderlich, die eigentlich ab 2016 geltende Obergrenze für das strukturelle Defizit des Bundes von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts einhalten und in den Folgejahren deutlich unterschreiten.“ Umso achtbarer sei diese Leistung, als der Bund in dieser Legislatur den Ländern und Kommunen erhebliche zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt habe, sodass Länder und Kommunen heute insgesamt einen nahezu ausgeglichenen Haushalt hätten. „Das Ausgabenwachstum strickt zu begrenzen, ist ein Paradigmenwechsel!“, so Schäuble. Unter der Vorgängerregierung sei die Schuldenaufnahme immer stärker gewachsen als das Bruttoinlandsprodukt oder die Einnahmen.

Der Haushalt geht nun im Bundestag zunächst in die Ausschussberatungen. Der Haushaltsausschuss holt nun – analog zum Bundesfinanzministerium auf Ministerialebene – die Voten der Fach-Ausschüsse ein. Jeder Ausschuss berät über die Mittel, die seinem Politikfeld zugewiesen werden sollen. Der Ausschuss für Bildung und Forschung etwa setzt sich dafür ein, dass für Bildung und Forschung mehr Mittel zur Verfügung stehen als noch im Jahr 2012 – was im Übrigen der Fall sein wird. Im No-

vember dann berät der Bundestag abschließend über das Ergebnis der Verhandlungen und beschließt den Haushalt für das Jahr 2013. Sodann sind die Grundlagen gelegt, sich wieder über politische Feinheiten Gedanken zu machen.

Ausgabenstruktur im Bundeshaushalt 2012¹



¹ Zahlen wurden auf die erste Nachkommastelle gerundet. Abweichungen entstehen durch Rundungsdifferenzen.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Der größte Haushaltsposten bleibt auch 2013 der Bereich Arbeit und Soziales, der die staatliche Rente ebenso wie die Grundsicherung für Arbeitssuchende (Arbeitslosen- und Sozialhilfe) umfasst und in der Verantwortung von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen liegt. Der Verteidigungshaushalt wird in den nächsten Jahren schrumpfen, wenn die Bundeswehrreform von Bundesverteidigungsminister De Maizière greift. Mit dem jetzt vorgelegten Finanzplan ist die Koalition auf einem guten Weg, die Schulden des Bundes Schritt für Schritt zu verringern, sodass sich auch der dritte große Ausgabenpunkt, die Bundesschuld, verkleinert.

Unter www.bundeshaushalt-info.de können Internetnutzer jetzt online die Einnahmen und Ausgaben des Bundes für das Jahr 2012 nachvollziehen. Mit dem neuen Angebot legt das Bundesfinanzministerium besonderes Augenmerk auf die anschauliche und intuitive Handhabung der Informationen zum laufenden

Bundeshaushalt. Als zusätzlicher Service werden die Zahlenangaben als Rohdaten zur Verfügung gestellt und sind für jedermann frei zugänglich und ohne Beschränkungen nutzbar.

KURZNACHRICHTEN

Klausurtagung des Fraktionsvorstands:

Die CDU/CSU-Fraktion hat die zweite Jahreshälfte mit einer zweitägigen Klausur des Fraktionsvorstandes, dem auch Thomas Strobl MdB als Landesgruppenchef angehört, eingeleitet.



Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder und die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe Gerda Hasselfeldt

Am ersten Tag der Klausur hat sich der Fraktionsvorstand sehr ausführlich mit dem Thema Rente und Altersarmut befasst. Die Fragen, die Bundessozialministerin Ursula von der Leyen angesichts der demografischen Entwicklung aufgeworfen habe, werde sich die Fraktion in der kommenden Zeit sehr genau anschauen, kündigte der Vorsitzende der CDU-Fraktion Volker Kauder an. Man werde "eine systemische Gesamtlösung als Antwort darauf suchen". Dabei wird sich nach den Worten Kauders zeigen, ob die bisherigen Vorschläge angesichts der Grundsätzlichkeit des Problems möglicher Altersarmut eine ausreichende Antwort liefern könnten.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion sagte am Rande der Sitzung darüber hinaus: „Wir haben diese Klausurtagung in einer wirtschaftlich und konjunkturell guten Situation in Deutschland durchführen können. Wir wissen allerdings auch, dass sich die Konjunktur in einigen Bereichen nicht mehr so dynamisch entwickelt. Deshalb ist ganz zentral und wichtig, dass wir mit unserem Haushalt auf wachstumsfördernde Maßnahmen setzen. Das bedeutet auch, dass wir das Thema Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge nutzen wollen, um eine Entlastung bei den Bürgerinnen und Bürgern herbeizuführen.“ Es sei außerdem außerordentlich bedauerlich, dass die Opposition im Bundesrat noch immer die Anpassung der Steuersätze zur Korrektur der Kalten Progression blockiere.

Thomas Strobl auf Sommertour

Als CDU-Landesvorsitzender war Thomas Strobl im August auf einer fünftägigen Sommertour durch Baden-Württemberg unterwegs und besuchte rund 20 Orte, Einrichtungen und Betriebe, die sich durch ein besonderes Maß an Pioniergeist, Kreativität oder gesellschaftlichem Engagement auszeichnen. Begleitet wurde er von den örtlichen Mandats- und Funktionsträgern. Der Zweck der Reise ist es gewesen, im unmittelbaren Austausch mit den Menschen vor Ort zu erfahren, was wir als CDU tun können, um ihre Arbeit zu unterstützen und ihr Tun zu beflügeln.

Der Landesvorsitzende hat im Rahmen seiner Sommertour viele interessante Betriebe und Einrichtungen gesehen, die sich in besonderer Weise den aktuellen Herausforderungen stellen, vor allem bei der Energiewende oder der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Vielerorts werde schon seit Jahren das umgesetzt, was

politisch in den letzten Jahren diskutiert wurde: "Baden-Württemberg, die Menschen und Unternehmen hier, stehen in besonderer Weise für Pioniergeist, Kreativität und gesellschaftliches Engagement", so Thomas Strobl am Rande der Tour.



Der Landesvorsitzende Thomas Strobl und sein Abgeordnetenkollege Norbert Barthle hier bei der Besichtigung der Kindertagesstätte der Weleda AG in Schwäbisch Gmünd

Auf der Homepage der CDU Baden-Württemberg können Sie die einzelnen Stationen ebenso wie Bilder von der Reise einsehen: <http://www.cdu-bw.de/aktuelles/sommertour.html>

Klausurtagung der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg

Ende August traf sich die baden-württembergische CDU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag zu ihrer Sommerklausur in Berlin. Eingeladen waren auch der CDU-Landesvorstand, der Vorstand der CDU-Landtagsfraktion sowie die Mitglieder der Landesgruppe im Europäischen Parlament. Die zweitägige Arbeitsklausur wurde gekrönt von einem rund zweistündigen Gespräch mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im Kanzleramt, wo insbesondere die Themen Europapolitik,

die Energiewende sowie die Finanz- und Haushaltspolitik diskutiert wurden.

Im Gespräch mit der Bundeskanzlerin kritisierte der Landesvorsitzende Thomas Strobl die Haushaltspolitik der grün-roten Landesregierung scharf. Baden-Württemberg habe nach Sachsen und Bayern heute noch mit Abstand den niedrigsten Schuldenstand pro Einwohner. Das seien günstige Voraussetzungen für eine zukunftsweisende, ehrgeizige Politik, zumal in Zeiten, in denen es dem Land ökonomisch glänzend gehe und die Steuereinnahmen auf Rekordniveau lägen.

Gegenstand der Diskussionen war auch die Energiewende, auf die sich der politische Fokus vom Bund bis in die Kommunen in den kommenden Jahren richtet. Thomas Strobl dazu: „Hier gilt es einerseits, die mannigfaltigen Herausforderungen entschlossen anzupacken und andererseits die Chancen zu sehen und zu nutzen, die dieses Mammutprojekt bietet, etwa bei der Beteiligung der Bürger an Planungsprozessen oder mit Blick auf unsere Unternehmen, die ihre technische Expertise ausbauen können.“ Mit den Erneuerbaren Energien setzt sich ab sofort eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Europa-Parlaments, des Landtags und des Bundestags unter der Leitung der beiden Bezirksvorsitzenden Thomas Bareiß MdB und Andreas Jung MdB auseinander. Wenn der Landesverband im Herbst Umweltminister Peter Altmaier MdB empfängt, sollen die Ergebnisse präsentiert werden.

Zum Urteil, das das Bundesverfassungsgericht am Mittwoch über die Klagen gegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus und den Fiskalpakt fällte, erklärt Thomas Strobl:

„Karlsruhe hat mit großer Klarheit gesprochen und darüber freue ich mich: Es gibt den behaupteten Verstoß gegen die Verfassung nicht und die Beschlüsse des Bundestages entsprechen den Vorgaben des Grundgesetzes. Das Urteil des Verfassungsgerichts bestätigt damit den Kurs und die Position der Mehrheit des Deutschen Bundestages, der Bundesregierung und von Kanzlerin Angela Merkel bei der Euro-Rettung. Dieser Weg darf nicht – wie Grüne und SPD, auch in Baden-Württemberg, das wollen – in eine Haftungsunion führen, in der Deutschland unbegrenzt für Schulden anderer Länder in Europa haftet. Der Haftungsumfang, für den Deutschland im Rahmen des ESM geradesteht, ist und bleibt klar begrenzt. Das hat Karlsruhe ebenso klargestellt wie es die zentrale Rolle des Deutschen Bundestages auch in den Entscheidungsprozessen betont hat, die Europa betreffen. Aber es ist auch ein Urteil, das dem europäischen Geist unserer Verfassung entspricht, das klarmacht, dass Deutschland zu seinem Teil der Verantwortung in Europa steht. Bundeskanzlerin Angela Merkel kann gestärkt ihren Kurs der Euro-Rettung fortsetzen: Das ist gut für Deutschland und für Europa.“



Mit spätsommerlichen Grüßen aus Berlin

Herzlichst,

Thomas Strobl



Die baden-württembergische CDU Landesgruppe im Deutschen Bundestag gemeinsam mit dem CDU-Landesvorstand, dem Vorstand der CDU-Landtagsfraktion sowie Mitgliedern der Landesgruppe im Europäischen Parlament und der Bundeskanzlerin im Bundeskanzleramt.

v.i.S.d.P.:
Antonia Ritter
Büroleiterin und wissenschaftliche Mitarbeiterin
Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227 72542
Fax: 030/ 227 70123
Dieser Newsletter lässt sich jederzeit mit einer kurzen
E-Mail an thomas.strobl@bundestag.de abbestellen.